Herr Bundesrat,

Die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages:


Eine weitere Klippe besteht beim Bundesverfassungsgericht: Bekanntlich schwankt dort die sozialdemokratische Feststellungsklage, dass der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG-Vertrag) als verfassungsändernde Norm nur mit Zweidrittelmehrheit ratifiziert werden kann - was ohne die sozialistischen Stimmen unmöglich wäre!

Was die alliierten Vertragspartner anbetrifft, dürfte der amerikanische Senat als erstes Parlament an die Ratifizierung schreiten. Jedenfalls fährt McCloy sofort nach dem Unterzeichnungsakt in Paris nach den USA, um die

Herrn
Bundesrat Max Petitpierre
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements
B ern
Ratifizierung durch den Senat zu betreiben, wenn möglich bis Anfang Juli. Das französische Parlament wird sich wahrscheinlich als letztes mit der Ratifizierung befassen, also kaum vor dem Herbst.

Das Vertragswerk ist ein großer Erfolg für Adenauer; es verändert die Stellung der Bundesrepublik von Grund aus. Sie erhält praktisch ihre volle Souveränität über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten. Dem Besatzungsregime wird ein Ende gesetzt: das Besatzungsstatut aufgehoben und die Hochkommission aufgelöst. Aufgabe der in der Bundesrepublik stationierten alliierten Truppen ist nicht mehr die Besetzung, sondern der Schutz des Landes. Als Beschränkungen bleiben nur die sogenannten "Vorbehaltssrechte". Sie ergeben sich aus zwei Umständen: Der Teilung Deutschlands und dem Verbleiben alliierter Truppen in der Bundesrepublik. Die Vorbehaltssrechte wahren die Rechte der Alliierten bei Friedensverhandlungen mit den Sowjets, ihre Stellung in Berlin und geben ihnen die erforderliche Handhabe zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer in Deutschland stationierten Truppen. Im Übrigen wird Westdeutschland zum unabhängigen, selbständigen und gleichberechtigten Staatswesen!

Die Opposition kritisiert, dass wesentliche Bestandteile des Besatzungsrechts inkraft bleiben und durch die deutsche Zustimmung "versteinert" werden. Inwiefern dies im einzelnen zutrifft, ist anhand der Texte noch zu prüfen; immerhin bringen die Verträge auch in dieser Hinsicht ganz wesentliche Erweiterung der deutschen Handlungsfreiheit. Die Einschränkungen sind die Ausnahmen, Schönheitsfehler. Die Bundesrepublik kann grundsätzlich frei darüber entscheiden, welche während der Besatzungszeit erlassenen Vorschriften aufrechterhalten bleiben sollen. Ausnahmen sind vorgesehen für die Verwirklichung der sogenannten
"alliierten Programmpunkte", wie: Dekartellisierung, Entflechtung, Wiedergutmachung gegenüber Opfern des Nationalsozialismus, etc.


Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE

[Unterschrift]